



# Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe April 2024 | Jahrgang 15

**GEMEINSAME**

**WERTE IN EUROPA**

**Europäische Demokratie stärken.  
Verstöße finanziell sanktionieren.**

## Katarina Barley (MdEP)

### Liebe Genossinnen und Genossen der Ortenau,

durch die direkte Grenze zu Frankreich liegt Eure Region in der historischen Herzkammer der europäischen Integration. Als die Grenzkontrollen während der Corona-Pandemie wieder eingeführt wurden, war es wie eine Reise in die Vergangenheit. Plötzlich wurde uns, auch mir in Rehinland-Pfalz, wieder klar, was die EU uns ermöglicht und wie sehr staatliche Grenzen Freiheit einschränken können. Mit einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung konnten wir die Folgen der Pandemie abfedern.

Nicht nur die Pandemie, sondern auch der russische Krieg gegen die Ukraine und der Klimawandel haben Auswirkungen auf unser tägliches Leben und lassen sich nicht national bewältigen. Als Europäische Union haben wir das nötige politische und wirtschaftliche Gewicht in der Welt, die Probleme unserer Zeit zu lösen. Am 9. Juni haben wir bei der Europawahl die Chance, die Weichen für ein sozialdemokratisches Europa der Zukunft zu stellen. Wie kann das konkret aussehen?

Wir wollen die Energiepreise in Europa senken. Dafür müssen wir eine echte europäische Energieunion schaffen. Die erneuerbaren Energien werden überall in Europa ausgebaut. Aber sie müssen von dort, wo sie produziert werden, auch sicher und kostengünstig dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden.

Wir brauchen einheitliche Regeln für internationale Konzerne, die in Europa Geschäfte machen. Derzeit stehlen sich gerade die ganz Großen durch Steuervermeidung in wenigen Ländern aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. 15% Mindeststeuer muss für alle Unternehmen gelten, damit Schluss ist mit Steuertricks in der EU. Wir setzen uns für gerechte Löhne ein. Dabei geht es um Respekt vor der Leistung der arbeitenden Mitte, aber auch um einen fairen Arbeits- und Wirtschaftsraum ohne Dumpingwettbewerb.



Katarina Barley (MdEP), Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl 2024

Wir wollen, dass in allen Mitgliedsstaaten der EU solide Netze sozialer Sicherheit bereitstehen. Wir setzen uns deshalb für Mindeststandards in den nationalen Grundsicherungssystemen ein. Wir kämpfen für einen wirksamen Schutz gegen Kinderarmut, wollen mehr bezahlbaren Wohnraum – besonders in Städten – und die Wohnungslosigkeit überwinden.

Wir wollen die Rechte der Frauen europäisch festschreiben mit einer Charta der Frauenrechte. Wir werden für den Schutz vor Gewalt kämpfen, für gleiche Bezahlung, für ein Recht auf sichere Schwangerschaftsabbrüche, für gleiche Teilhabe in Politik und Gesellschaft.

Wir müssen damit umgehen, dass vor den Toren der EU ein brutaler Angriffskrieg geführt wird. Die Unterstützung der Ukraine muss weitergehen, unter der ebenso entschlossenen

wie besonnenen Führung von Olaf Scholz und Boris Pistorius. Auch in der Verteidigung werden wir die europäische Zusammenarbeit verstärken müssen. Schon lange arbeiten die europäischen Armeen zusammen, aber es gibt zum Beispiel noch viel zu wenig gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung, was die Kosten erheblich reduzieren und die Zusammenarbeit erleichtern würde.

Ich persönlich werde mich weiter mit aller Kraft für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Regierungen können nicht die Vorzüge der EU nutzen, ohne sich an die Regeln und Werte zu halten. Dafür müssen wir die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips vorantreiben, sonst lähmen Autokraten wie der ungarische Premierminister Orbán immer wieder die EU.

Der kürzlich verstorbene Sozialist Jacques Delors wollte,

dass wir „Europäer aus ganzem Herzen“ und nicht nur „Europäer aus Vernunft“ sind. Ich wünsche mir, dass wir dies verinnerlichen und in diesem Geiste gemeinsam Europa gegen die rechten Extremisten verteidigen.

Ich freue mich auf Eure Unterstützung!

Katarina Barley

# Kevin Leiser - Europäische Sicherheitspolitik

Zu Beginn ihres Europawahlkampfes widmet sich die SPD einem der wichtigsten und brennendsten Themen unserer Zeit: unserer europäischen Sicherheitspolitik. „Ohne Sicherheit ist alles nichts“, erklärte dieser Tage Bundeskanzler Scholz in einer Videobotschaft. Die Bedeutung des Themas sah man auch an den vielen Besucherinnen im Offenburger Stadtteil- und Familienzentrum Innenstadt.

Mit Kevin Leiser konnte die Offenburger SPD ein Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages als Redner gewinnen. Als Angehöriger einer sogenannten Heimatschutzkompanie, hat er gerade freiwillig eine Grundausbildung der Bundeswehr absolviert. Sein Gesprächspartner Boris Kaiser, Kommunalwahlkandidat der SPD Offenburg, diente 12 Jahre als Zeitsoldat und konnte daher ebenfalls aus erster Hand über die Truppe berichten. Der dritte im Bunde, der SPD-Kreisvorsitzende und Moderator Matthias Katsch, hat keinerlei militärischen Hintergrund. In West-Berlin, wo er aufwuchs, gab es weder Bundeswehr noch Wehrpflicht. Zugleich erlebte er hautnah, wie über Jahrzehnte die westlichen Alliierten die Sicherheit und Freiheit der Stadt garantierten.

Auch Kevin Leiser ist erst durch die vergangene Wahl in den Bundestag in seine Rolle gekommen: Er ist Lehrer für Mathe-

Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“ Es gibt ein Ereignis, das uns von außen aufgezungen wird. Eine Zeitenwende, denn die Welt davor ist nicht mehr die Welt danach. Und das in der Geschichte unseres Kontinents – Europa. Ich glaube, das ist etwas, was wir in Deutschland und in Europa lernen müssen: Die Probleme Europas sind nicht mehr automatisch die Probleme der Welt. Das war mal so, ist es aber nicht mehr. Zu Beginn gab es natürlich viele Fragen zur Unterstützung der Ukraine und zum Kurs der Bundesregierung.

Leiser erläuterte die vier Prinzipien, nach denen Deutschland entscheidet:

- keine Alleingänge,
- alles, was wir tun, muss Putin mehr schaden als uns selbst,
- wir müssen unsere Verteidigungsfähigkeit erhalten,
- wir werden nicht selbst Kriegspartei.

Deutschland spielt im Vergleich zu anderen europäischen

Ländern eine herausragende Rolle und unser Bundeskanzler trifft besonnene Entscheidungen. In dieser Situation braucht man keinen Hitzkopf und keinen Sprücheklopfer, sondern jemanden, der abwägt und immer die Konsequenzen im Blick hat. Als Beispiel führte Leiser an, dass die Programmierung der Taurus-Rakete durch Deutsche völkerrechtlich auch als direkte Kriegsbeteiligung gewertet werden kann und dass solche Systeme natürlich auch eine europäische Abschreckung sind. Wenn sie jetzt in die Hände des Gegners fallen, verlieren wir diesen Vorteil. Generell findet Leiser, dass wir heute viele dieser nationalen Verteidigungsfragen zu offen diskutieren. Im Kalten Krieg hätte man so etwas als Verschluss-sache diskutiert und nicht alle



Sehr gut besucht war die Veranstaltung der SPD Offenburg mit dem Bundestagsabgeordneten Kevin Leiser zum Thema „Europäische Sicherheitspolitik“.

matik, Politik und Wirtschaft an einem Hohenloher Gymnasium und wurde nach seiner Wahl in den Bundestag unter anderem in den Ausschuss berufen. Gerade diese Perspektive ist wichtig, denn unsere Bundeswehr untersteht direkt dem vom Volk gewählten Parlament und somit deswegen ist auch der Verteidigungsminister ein Parlamentarier. Für seinen Einstieg zitierte er Olaf Scholz zur Zeitenwende: „Der 24.

technischen Details der Systeme auf dem Marktplatz debattiert, um sich strategische Vorteile zu erhalten.

# Kevin Leiser - Europäische Sicherheitspolitik

Wir vertrauen euch. Ihr Deutschen habt in den letzten Jahren so unglaublich viel geleistet, bitte werdet aktiver. Ihr seid die einzigen, die uns als Europa zusammenhalten können und bitte macht mehr direkt bei uns!“ Als Zeichen dieses Vertrauens hat die Bundeswehr dort nun ihre erste Kaserne eröffnet.

Auch Matthias Katsch betonte die Bedeutung von militärischer Präsenz und Abschreckung zur Verhinderung kriegerischer Angriffe, und zog die Parallele zur Geschichte Deutschlands und Berlins. Im Blick auf die Vorgeschichte des Überfalls auf die Ukraine durch Russland erklärte er: „Wir sind in eine sehr deutsche Art verfallen, die anderen, die kleineren Partner und Partnerinnen in Osteuropa zu übersehen. Unsere östlichen Partner, die Polen, die Balten, alle haben uns seit Jahren gewarnt und wir haben immer gedacht: Wir sind groß genug, wir wissen, wo es lang geht.“

Deutschland und Russland bestimmen, wie es in Europa weitergeht. Ich glaube, wir tun gut daran zu lernen, mehr auf unsere osteuropäischen Partner zu hören. Wir sollten verstehen, dass sie nicht nur Angst vor Russland haben, sondern auch davor, von Deutschland wieder über den Tisch gezogen zu werden“. Natürlich müsse es immer zuerst um den Frieden gehen, da waren sich alle Teilnehmenden einig. Solange wir in diese Situation gezwungen werden, haben wir keine Wahl, als unsere Sicherheit auch gegen Russland zu sichern. „Scholz und Macron waren beide in den Tagen vor dem Krieg noch einmal bei Putin, trotzdem hat er diesen Schritt getan“, erklärte Leiser. Dazu gab es auch viele Fragen aus dem Publikum. Letztlich war man sich aber einig: Wenn ein Land bereit ist, im Kampf für die Freiheit Opfer zu bringen, dann sind es die überfallenen Ukrainer und man sollte ihnen dabei nicht in den Rücken fallen. Katsch fügte hinzu: „Putin würde am liebsten direkt mit den Amerikanern über die Köpfe der Ukrainer und Europäer hinweg verhandeln. Das dürfen wir nicht zulassen“. Viele Teilnehmende sehnten sich wieder nach Frieden in Europa, aber nach der Zerstörung der europäischen Friedensordnung durch Putin ist dies noch ein langer Weg.

Boris Kaiser nannte weitere Beispiele für die Komplexität solcher Prozesse: So hat die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich gut funktioniert, aber zwischen Nord- und Südkorea herrscht nach all den Jahren immer noch nur ein Waffenstillstand. Er ist sich sicher, dass dieser Prozess noch mehr als zwei Generationen in Anspruch nehmen wird. Im Laufe des Abends wurden viele Themen angesprochen, sei es zum aktuellen ASPIDES-Einsatz der Fregatte Hessen zum Schutz der zivilen Schifffahrt vor der Küste Jemens oder zur Mission IRINI im Mittelmeer, bei der es um die Verhinderung von Waffenlieferungen geht. Boris Kaiser erinnerte an das hohe Risiko, dass die Soldaten und Soldatinnen bei diesen Einsätzen persönlich eingehen.

Immer wieder standen auch Fragen der dringend benötigten Spezialausrüstung im Mittelpunkt. So waren die Funkgeräte der Bundeswehr nicht mehr dem Stand der Technik entsprechend abhörsicher, was gerade für Leiser ein großes Problem darstellte. Früher sei Munition nur beschafft worden, wenn am Ende des Jahres Geld übrig war, weil man sie nicht so dringend brauchte. Wie notwendig die Investitionen inzwischen sind, unterstrich Katsch treffend: „Die Bundeswehr war in den letzten Legislaturperioden immer die stille Reserve, an der Stück für Stück immer mehr gespart wurde, wenn es anderswo brannte.“

Die aufkommende Kritik, das Geld werde zu zögerlich ausgegeben, beantwortete Leiser besonnen: "Natürlich habe die Rüstungsindustrie Angebote gemacht, was alles beschafft werden könne, aber man müsse trotzdem klar abwägen, was notwendig sei und was keinen Sinn ergebe“. Er brachte auch Beispiele aus seinem Bereich der Cybersicherheit, um zu zeigen, wie verworren und unübersichtlich der Apparat mit seinen Zuständigkeiten geworden ist. Hier sieht er Verteidigungsminister Pistorius auf einem guten Weg, aber die Aufgabe sei größer und nicht in einer Legislaturperiode zu leisten. Nachdem das Ministerium klare Linien bekommen habe, gehe es nun um die Truppe als Ganzes. In der Beschaffung, müsse wieder mehr Verantwortung gelebt und aktiver entschieden werden. Viele Prozesse im Ministerium und in der Bundeswehr sind nur entstanden, weil man sich bei der Beschaffung lieber mehrfach absichern wollte. Es müsse wieder gelernt werden, direkte Entscheidungen zu treffen. Abschließend wurde über die Rolle der NATO und das 2%-Ziel diskutiert, das Ex-US-Präsident Trump zuletzt wieder als Drohung benutzt hatte. Kevin Leiser wies darauf hin, dass die BRD zu Zeiten der Friedensbewegung 4% des BIP für Rüstung ausgegeben habe und auch Trumps Vorgänger Barack Obama die Europäer damals schon darauf hingewiesen habe, dass Europa in Zukunft eigenständiger für seine Sicherheit sorgen müsse. Die Wahl in den USA könnte also eine weitere Zeitenwende für Europa bedeuten.

Nach der Fragerunde blieben viele vor Ort und diskutierten weiter in intensiven Gesprächen. Es zeigte sich, dass auch nach zwei Jahren seit der Invasion Russlands in die Ukraine immer noch viel Gesprächsbedarf besteht.

# Kreis-Wahlprogramm: 5 Jahre - 8 Ziele

- **Sozialer Umwelt- und Klimaschutz:** am Menschen orientiert und sozial ausgewogen  
- damit alle die Chance haben mitzumachen
- **Bezahlbare Mietwohnungen:** in Städten und gerade auch im ländlichen Raum, in kleineren Gemeinden unseres Kreises – eine vom Kreis getragene Wohnungsbaugenossenschaft ist für uns ein prüfenswertes Ziel
- **Starker ÖPNV:** Bus- und Bahnverbindungen mit fairen Preisen und einem attraktiven Takt - damit das Wohnen und Arbeiten auch im ländlichen Raum attraktiv bleibt
- **Kreisweites Rad- und Radschnellwegenetz:** Investitionen in mehr Fahrradwege – damit es einfach wird, für immer mehr Fahrten auf das Fahrrad oder E-Bike umzusteigen
- **Moderne Straßeninfrastruktur:** Sanierung von Bestandsstraßen und Ausbau dort, wo eine sinnvolle Bündelung des Verkehrs gelingt – damit im Flächenlandkreis auch in Zukunft alle mobil sein können
- **Lebenswerte Kulturlandschaft:** Ausbau einer zielgenauen Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft, damit unsere bäuerliche Kulturlandschaft und die regionale Versorgung erhalten werden können
- **Dezentrale Gesundheitsversorgung & starke Kliniken:** Weiterer Ausbau der Zentren für Gesundheit von Wolfach bis Kehl und Ettenheim bis Achern – damit die Bevölkerung überall wohnortnahe Praxen und Gesundheitsleistungen nutzen kann Fortsetzung der Investitionen in unsere Kliniken – damit unsere gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeitenden den Patientinnen und Patienten weiter Spitzenmedizin anbieten können
- **Moderne Kreisverwaltung & stabile Finanzen:** Digitalisierung der Verwaltung voranbringen – damit alle Menschen im Kreis möglichst einfache Zugänge haben, unnötige Wege vermieden werden und mehr Zeit für intensive persönliche Beratung bleibt.  
Eine ausgewogene und faire Finanzierung der vielen wichtigen Zukunftsaufgaben für Kreis, Städte und Gemeinden - sowohl für die heutige als auch künftige Generationen.

## Offenburger Aschermittwoch (1)

Zu einem politischen Aschermittwoch mit Hans-Peter Kopp, OG-Bürgermeister für Finanzen, Kultur und Soziales sowie Vorsitzender der Ortenauer SPD Kreistagsfraktion, hatte die SPD Offenburg geladen. Kopp ging in seinem Vortrag auf die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik ein, dabei nahm er kein Blatt vor den Mund.

### Hohe Bundeshürden

In Sachen Bundespolitik verwies er auf die schwierigen Rahmenbedingungen der Ampelregierung: liegengebliebene Aufgaben der Vor-Regierung, Corona, Ukraine Krieg, hohe Inflation, steigende Zinsen, Energiekrise, Klimawandel, spä-



Hans-Peter Kopp, Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag

ter dann noch der Gaza Krieg. Die Ampel stellte sich den Herausforderungen, wie auch eine Bertelsmann Studie bestätigt: 2/3 der im Koalitionsvertrag aufgeführten rund 450 Versprechen sind umgesetzt oder gut auf dem Weg gebracht - doppelt so viel wie bei den zwei letzten Regierungen. Leider dringen viele dieser positiven Beispiele bei der Bevölkerung nicht durch. Ein gutes Beispiel hier ist für ihn das Startchancen-Programm, der Bundesregierung, dass erst vor wenigen

Tagen von der Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger präsentiert wurde. Es ist das größte Bildungsprogramm in der Geschichte des Bundesrepublik Deutschland mit einem Gesamtvolumen von 20 Mrd. Euro in 10 Jahren, wurde aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Als negative Punkte führte er an: unglückliche Kommunikation, Streichung der Subventionen für die Landwirtschaft ohne miteinander vorher zu sprechen, Auslöser von Diskussionen um fleischloses Essen und über das Gendern. Dazu kommt die Unverträglichkeit des ersten Entwurfs des Heizungsgesetzes.

Auf die von ihm selbst gestellt Frage „Was uns von den Grünen unterscheidet?“ meinte er, dass die SPD bei der Transformation, entsprechend ihrer DNA vor allem auf die soziale Ausgewogenheit achtet.

Das Überwinden von vorhandenen Strukturproblemen gehört zu den liegengebliebenen Aufgaben der Vor-Regierung. Inzwischen lastet die Opposition „ein strukturelles Problem“ als Grund für das schwache Wachstum der letzten Jahre der Ampel an. Klar dürfte sein, dass solch ein Problem nicht von heute auf morgen auftaucht, viele Warnsignale wurden schon vor dieser Legislaturperiode nicht angegangen. Gleiches gilt für die Bundeswehr.

### Arbeit lohnt sich

Zum Thema Bürgergeld und die Frage: „Lohnt sich Arbeit?“ antwortet Kopp: „Ja, klar!“. Und weiter: „Seit der Einführung 2015 ist der Mindestlohn um 46% gestiegen, das Bürgergeld um 41% - es deckt das Existenzminimum. Das Lohnabstandsgebot wird eingehalten – die Frage ist eher, ob der Mindestlohn nicht höher sein müsste.“

Auch auf die Haushaltschlappe ging der Referent ein: „Das verfassungswidrige Sondervermögen von 60 Mrd. Euro wurde ersetzt durch eine Lücke im Haushalt.“ Hinsichtlich der Schuldenbremse sagte er, dass die FDP mit ihrer Haltung zu Schuldenbremse die wichtige Transformation blockiert. Es führe zu Einsparvorschlägen und das in einer Zeit, in dem unser Land unbedingt weiterentwickelt werden muss. Eine Zusammenarbeit mit der CDU wäre bei diesem Thema von Vorteil, aber nach der Klage beim Verfassungsgericht ist klar, Friedrich Merz verfolgt seine eigenen Kanzlerträume. Laut ihm ist die Ampel an allem schuld, so auch am Erstarken der extremen Rechten.

## Offenburger Aschermittwoch (2)

Ein absurder Vorwurf. Die Ampel zeigte schon früh die klare Haltung: rechtsextreme Politiker sollen in Deutschland nie mehr etwas zu sagen haben. Eine allgemeine Angstkultur bezogen auf die Bundesrepublik wird geschürt und unterstützt von Rechtsextremen sowie von Parteien, die es besser wissen müssten, und durch Fake News oder völlig übertriebenen Darstellungen in den sozialen Medien. Kopp wörtlich: „Wir leben in unsicheren und wenig berechenbaren Zeiten mit komplexen Fragen zu denen es nicht immer nur eine Lösung gibt. Genau diese Situation nutzten die Populisten mit vermeintlich einfachen Antworten aus.“

### Dürftige Landespolitik

Da ist nicht viel zu sagen. Es gibt keine wirklich substantielle Entwicklung. Diskussionen über G9, obwohl es ganz andere und wichtigere Baustellen gibt, z.B. Grundschule. Ein Programm zur Sprachförderung wird angekündigt. Dazu Kopp: „Schön, doch was ist mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung?“ Bis heute warten die Kommunen auf die verbindlichen Rahmenbedingungen.

In Sachen Kreispolitik kam Kopp auf die Agenda 2030 zu sprechen, die bereits 2018 auf dem Weg gebracht wurde. Der Referent: „Die Umsetzung war einer der Schwerpunkte unserer Arbeit in den letzten fünf Jahren. Kurz zu den Zielen:

Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in der Ortenau mit starken neuen Klinikstandorten in Lahr und Achern und einem Klinikum der Maximalversorgung in Offenburg. In einem Multiuserzentrum in Offenburg werden Dienstleistungen und Funktionen für alle Kliniken in der Ortenau zentralisiert. Viele Anträge zur Umsetzung dieses Konzepts kommen von der SPD-Fraktion wie z.B. ein besser erreichbarer Neubau in Lahr, klare Konzept für die aufzugehenden Standorte mit Zentren für Gesundheit als 2. Säule der Gesundheitsversorgung und die Finanzierung der Agenda 2030, die Einrichtung eines Sozialpädiatrischen Zentrums im Ortenaukreis mit Betreuung chronisch kranken Kindern und Jugendlichen.

Zentraler Baustein der Klimapolitik ist die Mobilitätswende. Mehr Rad- und Fußverkehr, mehr ÖPNV mit einer Anbindung alle 60 Minuten von 5 bis 24 Uhr im ländlichen Raum. Hier stehen jedoch ungedeckte Mehrkosten von 40 Mio. Euro gegenüber. Die Finanzmittel von Bund und Land sind leider nicht nur reduziert, sondern faktisch auf null zurückgefahren worden. Stattdessen wird von Mobilitätspass gesprochen,

d.h. eine ÖPNV Steuer, die jeden treffen soll - wieder mehr Bürokratie und nicht gerade sozial gerecht.

### Aktive Stadtpolitik

Deutschland leidet an einem Fachkräftemangel gerade in sozialpädagogischen Berufen. Bis 2030 sollen allein in Baden-Württemberg 41.000 Erzieher\*innen fehlen. Mit dem Offenburger Modell bietet die Stadt hier einen neuen Lösungsansatz z.B. mit einer ergänzenden Spiel- und Betreuungszeit von 2 Stunden täglich durch den Malteser Hilfsdienst. Ziele dabei sind:

- Eine bestmögliche Qualität für unsere Kinder bis 7 Stunden mit Fachkräften.
- Bessere Arbeitsbedingungen für unsere Erzieher\*innen.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine ergänzende Spielzeitbetreuung von 2 Stunden

Nachhaltigkeitskonzept 2040 „Offenburg gestaltet Zukunft“ mit 5 Handlungsfeldern.

- Klimaschutz (Energieverbrauch senken und erneuerbare Energie sowie Klimaanpassungskonzepte fördern).
- Bildung (kreative Kitas) und Sport.
- Lebenswerte Infrastruktur (Sanierungsgebieten, ÖPNV, Radwege).
- Demografische Herausforderungen bewältigen.
- Sichere Daseinsvorsorge gewährleisten.

Hierfür stehen 1,35 Mrd. Euro auf dem Zettel, die ebenfalls durch einen 5 Punkteplan finanziert werden.

Nach dem Vortrag von Hans-Peter Kopp konnten die Anwesenden Hering essen mit einem guten Glas Wein und weiter debattieren über die verschiedenen Themen.

Am 9. Juni ist Europawahl

**Wähl nicht dein Sofa.**

**Wähl deine Werte.**

<https://europawahl.pulseofeurope.eu/>

## Die ambulante Pflege hat das Nachsehen

Der Leiter der Schwarzwaldpflege Offenburg GmbH, Dominic Hippert, spricht zum Stellenwert der ambulanten Pflege im Vergleich zum Aufenthalt in einem Pflegeheim oder Krankenhaus. Die Fragen stellte Gerd Zimmermann.



Dominic Hippert, Leiter der Schwarzwaldpflege Offenburg GmbH

**Was verstehen Sie unter Ambulanter Pflege? Wo beginnt sie? Wo hört sie auf?**

*Hippert:* Ambulante Pflege ist eine soziale Dienstleistung von Menschen für Menschen, die pflegebedürftig sind und noch zu Hause leben. Zumeist beginnt die Leistungsannahme mit hauswirtschaftlichen Leistungen, wie z. B. Reinigen der Wohnung oder mit körperlicher Pflege wie z. B. morgens Hilfe beim Waschen und Anziehen. Sie hört dann auf, wenn eine Pflege

zu Hause nicht mehr möglich ist oder wenn Angehörige überfordert sind und dann den Pflegebedürftigen in ein Pflegeheim verlegen.

**Wird in Deutschland die ambulante Pflege gegenüber dem Krankenhausaufenthalt benachteiligt? Anders gefragt: Erfolgt in Deutschland die Einweisung in ein Krankenhaus zu schnell?**

*Hippert:* Grundsätzlich muss ich leider sagen, dass die ambulante Pflege bis heute benachteiligt wird, wenn neue Reformen auf den Weg gebracht werden sollen. Obwohl die ambulante Pflege wie eine gute Prophylaxe betrachtet werden sollte. Dieser logische Ansatz wird immer noch nicht gesehen. In der Verteilung der Gelder wird die ambulante Pflege viel zu wenig bedacht.

Festzustellen ist weiter, dass der Eigenanteil im Krankenhaus fast gegen Null sich beläuft, dagegen ist die ambulante Pflege fast immer mit einem Eigenanteil versehen. Grundsätzlich ist eine Einweisung in ein Krankenhaus immer noch sehr leicht möglich, obwohl die Kriterien zusehends verschärft werden. Besonders die Notfallstationen leiden darunter.

**Wie groß ist der Kostenunterschied zwischen ambulanter Pflege und der Aufenthalt in einem Krankenhaus?**

*Hippert:* Diese Frage ist nicht exakt und allgemeingültig zu beantworten. Zum Unterschied zwischen ambulanter Pflege und Pflegeheim kann ich allerdings sagen: Die Kosten, vor allem der Eigenanteil ist in der ambulanten Pflege zumeist deutlich geringer als die Kosten in einem Pflegeheim.

**Welche Vorteile bietet die ambulante Pflege, welche der Aufenthalt in einem Krankenhaus oder Pflegeheim? Wann empfiehlt sich die ambulante Pflege, wann der Aufenthalt in einem Krankenhaus, wann in einem Pflegeheim?**

*Hippert:* Auch hier ist der Vergleich ambulante Pflege zum Pflegeheim angebracht. In der ambulanten Pflege bleiben die Pflegebedürftigen zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld. Wir, von der ambulanten Pflege, kommen als Gast in deren Wohnung. Der Pflegebedürftige ist und bleibt sozusagen „der Chef“, „der Herr“ im Hause. Er und seine Angehörigen sind zu jeder Zeit „Herr der Befehle“. Sie können zu jeder Zeit den Anbieter wechseln. Sie entscheiden auch selbst über ihre finanziellen Zuschüsse bzw. Leistungsannahmen und des Leistungsumfangs. In einem Pflegeheim müssen sie sich den Kosten beugen. Da gibt es keinen großen Verhandlungsspielraum.

**Welche praktischen und finanziellen Hilfen gibt es für Angehörige einer zu pflegenden Person?**

*Hippert:* Die Möglichkeiten sind unter [www.bundesgesundheitsministerium.de/pflegegeld](http://www.bundesgesundheitsministerium.de/pflegegeld) allgemeingültig geregelt.

**Die Schwarzwaldpflege bietet ein Erzählcafé. Was heißt das?**

*Hippert:* Unsere Tagespflege mit 30 Plätzen heißt „Erzählcafé“. Hier können Pflegebedürftige tagsüber von 8:00 bis 16:30 Uhr bei uns einen geistig anregenden Tag verbringen und in netter Gesellschaft sich unterhalten.

Es gibt Frühstück, Selbstgekohtes Mittagessen und am Nachmittag immer selbstgebackenen Kuchen. Zahlreiche Aktivitäten ergänzen einen runden gelungenen Tag. Dazu gehört ebenso: ein Fahrservice für Hol- und Heimbringdienst sind sichergestellt.

Was viele nicht wissen: Es gibt einen Extra-Zuschuss für die Tagespflege. Und zwar nur für die Tagespflege.

Am 9. Juni ist Europawahl

Wähl nicht den Rückzug.

Wähl die Gemeinschaft.

<https://europawahl.pulseofeurope.eu/>

# Rechtsextremismus nach 1945 (1)

Gastbeitrag von „Fragen Sie Frau Eva“, einem Blog in Facebook und „satirischem Ratgeber für besorgte Bürger und Verschwörungstheoretiker - Mutmachseite für Demokraten“. Es handelt sich um Teil 2. Die Reihe wird fortgesetzt.



Lena Rastlos, das Maskottchen des Blogs

Im Februar 2013, betrat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) die politische Bühne. Ihr maßgeblicher Mitbegründer und zugleich Bundessprecher war der liberal-konservative Prof. Bernd Lucke. Nach seiner Abwahl als Bundessprecher im Juli 2015 trat er aus der AfD aus und war Mitbegründer der Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA, heute Wir Bürger).

Der frühere Sport- und Geschichtslehrer Björn Höcke trat

ebenfalls 2013 in die AfD ein. Seine außerparlamentarischen Aktivitäten werden vom Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht.

Im Januar 2014 trat der Manager Olaf Henkel der AfD bei. In der Folge wurde er auf Platz zwei der Kandidatenliste der AfD zur Europawahl 2014 nominiert. Sowohl Lucke als auch Henkel, waren Eurogegner. So wurde die AfD zunächst als „Anti-Euro-Partei“ wahrgenommen.

Nach dem Austritt von Bernd Lucke 2015, entwickelte sich die Partei unter den Parteisprechern Frauke Petry und Jörg Meuthen, weiter nach rechts. Ab jetzt fuhr die Partei einen Anti-Islam und Anti-Migrationskurs, der später noch radikaler wurde.

Mit der Bundestagswahl 2017, nahm die Radikalisierung der AfD weiter zu. Im April 2017 erklärte Frauke Petry ihren Verzicht auf eine Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl 2017. Sowohl Alexander Gauland als auch Alice Weidel, distanzieren sich von Petry, worauf sie einige Wochen später die Partei verließ. Im Januar 2022 folgte Petrys Co-Sprecher Jörg Meuthen, da die Partei sich seiner Meinung nach sehr weit nach rechts mit totalitären Zügen entwickelt habe und in weiten Teilen nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe.

Eine weitere wichtige Personalie ist Alexander Gauland, der von 2017 bis 2019 Co-Bundessprecher der AfD war und heute deren Ehrenvorsitzender ist. Gauland ist Gründungsmitglied der gegen den Euro gerichteten Wahlalternative 2013 und der daraus hervorgegangenen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Die AfD hat mehrere Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefällt, die jedoch nur auf dem Papier Bestand haben. So wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) bereits wieder gelöscht. Seit Mai 2021 wird Pegida durch den Landes-

verfassungsschutz Sachsen als „erwiesene extremistische Bestrebung“ eingestuft und beobachtet. Der mehrfach vorbestrafte Gewohnheitsverbrecher Lutz Bachmann gründete 2014 das Bündnis.

Auch der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Identitären Bewegung (IB), hat nur symbolischen Wert. Laut Aussage eines AfD-Funktionärs dient dieser Beschluss nur, um den Verfassungsschutz zu täuschen. (Dazu später mehr). In Deutschland können die Identitären vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nachrichtendienstlich überwacht werden, weil die „Positionen der IB nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind“.

Der unaufhaltsame Radikalisierungsprozess der AfD war auch durch die Vernetzung mit radikalen Unterstützern und Betreibern von Fake-Portalen möglich. Dazu kam eine rechtsoffene Presse und rechtsextreme Influencer.

Einer der radikalsten und gefährlichsten AfD Unterstützer ist der Verleger, Publizist und Aktivist, Götz Kubitschek. Als gebürtiger Ravensburger war er zunächst Mitarbeiter der rechtsoffenen Zeitschrift „Junge Freiheit“. Er ist Mitbegründer des rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und Geschäftsführer des Antaios Verlag. Er ist Redakteur der rechtsextremen Zeitschrift „Sezession“ und des dazugehörigen Blogs. Er ist außerdem Initiator der rechtsextremen Aktion „Ein Prozent für unser Land“ und tat sich als Unterstützer der „Identitären Bewegung (IB)“ hervor. Alle Unternehmungen von Kubitschek, werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

Im Sommer 2019 kam es zu einer Einigung zwischen Alice Weidel und Björn Höcke, die bislang innerhalb der AfD Kontrahenten waren. Vermittelt wurde die Einigung durch Götz Kubitschek, Kubitschek ist ein Vertrauter Höckes und pflegt mit ihm einen engen Kontakt.

Alice Weidel war von 2017 bis 2021 gemeinsam mit Alexander Gauland AfD Spitzenkandidatin. Seit Juni 2022 ist sie gemeinsam mit Tino Chrupalla Bundessprecherin der AfD. Weidel ist in ihren Äußerungen und ihrem Lebensstil sehr ambivalent. Sie ist gegen die Ehe für alle, lebt aber gemeinsam mit ihrer aus Sri Lanke stammenden Lebensgefährtin in einer eingetragenen Partnerschaft. Sie beschäftigte außerdem eine Asylbewerberin aus Syrien als Haushaltshilfe, jedoch ohne Wissen des Finanzamtes. Weidel behauptete, die Haushaltshilfe hätte unentgeltlich gearbeitet, als eine Art „Freundschaftsdienst“. Weidel fiel auch wegen antisemitischen Äußerungen gegen den Pianisten Igor Levit und gegen die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München, Charlotte Knobloch auf.

Björn Höcke, der radikalste AfD Politiker, forderte in seiner Erfurter Resolution ein Ende des sogenannten „Schuldkults“, damit meinte er die Erinnerungskultur an den Holocaust. Höcke sprach sich in seinem Buch „Nie zweimal in demselben Fluss“ auch für ein Ende der Parteiendemokratie aus. Höcke sieht die Bundesrepublik heute, an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite ...*

# Rechtsextremismus nach 1945 (2)

Tino Chrupalla, neben Alice Weidel, der zweite AfD-Bundessprecher, Chrupalla behauptet Deutschland sei kein souveränes Land, solange US-Truppen in Deutschland stationiert sind, das ist die Einstellung der Reichsbürger. Chrupalla vertritt auch rechtsextreme Positionen, wenn er alle Parteien außer der AfD als „Sumpf“ bezeichnet. Er gewährte auch dem rechtsextremen Holocaustleugner Nikolai Nerling (der Volkslehrer) ein Interview und gilt innerhalb der Partei als führungsschwach was ihm den Spitznamen „Tiny Tino“ einbrachte. Allgemein wird Chrupalla als Höckes Platzhalter angesehen.

Weitere extrem völkische Personalien sind Stephan Brandner, der mit antisemitischen Äußerungen, zum Beispiel gegen den Publizisten Michel Friedmann, auffiel.

Beatrix von Storch, die gemeinsam mit ihrem Ehemann Sven, ein rechtsextremes Netzwerk unterhält oder Erika Steinbach, einst CDU Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, heute ist sie Vorsitzende der von der AfD gegründeten Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Weitere bekannte AfD-Funktionäre sind Guido Reil, Gunnar Lindemann, Christina Baum oder Malte Kaufmann, die allerdings den intellektuellen Bodensatz der Partei darstellen.

Der aktuelle Erfolg der rechtsextremen Verdachtsfall Partei AfD ist jedoch auch ihren Influencern geschuldet.

Hier fallen vor allen Dingen ein Peter Weber (Hallo Meinung), der vorbestrafte Ex-Polizist und Rocker Tim K. (mit dem sich schon Stephan Brandner traf), Niklas Lotz der den Blog „Neverforgetniki“ betreibt oder Naomi Seibt.

Aktuell erlebt die AfD ein Rekordhoch. Die Meinungsforschungsinstitute sehen sie zwischen 20 und 21 Prozent Wählerstimmen, damit ist nach der CDU die AfD die zweitstärkste Partei.

In den Bundesländern Sachsen und Thüringen, könnte sie bei den nächsten Wahlen, sogar den Ministerpräsidenten stellen, obwohl sie in beiden Bundesländern, als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“ eingestuft wird.

## Ein Blick zurück

Im Frühjahr 1922 wollte Bayerns Innenminister Franz Xaver Schweyer, von der Bayerischen Volkspartei (BVP) Adolf Hitler, der ja Österreicher war, ausweisen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien stimmten Schweyers Vorschlag zu, nur einer widersprach, der Sozialdemokrat Erhard Auer.

„Hitler sei doch nur eine komische Figur, es sei der Arbeiterschaft ein Leichtes, ihn in die Bedeutungslosigkeit zurückzuschleudern“, so argumentierte Auer.

Am 23 März 1933 will Hitler dem Parlament, durch das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ alle Rechte entziehen. Seine Reichsregierung soll Gesetze erlassen dürfen, auch wenn diese gegen die Verfassung verstoßen.

Einzig die SPD stimmt gegen das Ermächtigungsgesetz und es fallen die berühmten Worte vom damaligen SPD-Vorsitzenden Otto Wels:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Am 22. Juni 1933 verbietet die NS-Regierung der SPD jede politische Tätigkeit und erklärt sie zur staatsfeindlichen Partei. Für die meisten SPD Funktionäre, die noch in Deutschland lebten, bedeutete es KZ Haft, Zwangsarbeit, Folter und Tod!

Auch heute denke viele Leute aus allen gesellschaftlichen Schichten, erneut über eine Ausreise nach, sollte die AfD, mitregieren. Ferdinand von Schirach (Schriftsteller), Michel Friedmann (Publizist) oder Stephan Kramer (Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen), sind nur einige von Ihnen.

**Wir wollen keine Koffer packen, wir wollen ein AfD Verbot, jetzt!**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wenn Ihnen der Text gefallen hat, würde der Autor sich über Likes und Empfehlungen auf der Facebook-Seite „Fragen Sie Frau Eva“ sehr freuen!

Am 9. Juni ist Europawahl

**Wähl nicht die Angst.**

**Wähl die Stärke.**

<https://europawahl.pulseofeurope.eu/>

# Neue AfD-Denke

Satire von Gerd Zimmermann

Die AfDler geben sich flexibel. Lautete bisher deren Motto „Eine schlechte Presse ist besser als überhaupt keine Presse, Hauptsache die AfD steht in der Presse.“ Ein Motto, das jeden halbwegs intelligenten Menschen stroh-dumm aussehen lässt, weil unterstellt wird, dass die Menschen sich mit den Inhalten der Berichte, mit deren Daten, Fakten, Aussagen und Feststellungen, nicht befassen. Doch dem ist nicht so, was die AfDler inzwischen merken und eine neue Denke samt Motto einleiteten. Sehr wahrscheinlich ist deren neue Ausrichtung darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Demonstrationen gegen die rechtsextreme Partei, einschließlich Funktionäre, im ganzen Bundesgebiet zunimmt. Man sah sich zum Umdenken gezwungen. Es gibt halt doch zu viele denkende Menschen – „noch“ möchte manch einer der extremen Rechten sagen.



Gesehen auf dem Rücken eines Demonstranten in Lahr

Die Neuausrichtung folgte prompt. Verlautbarungen wie „Die Presse wird vom Staat, von der Ampelregierung, manipuliert“ wurden lanciert. Ha, von der Ampel? - wo doch die rechtsextreme Partei, zusammen mit der CDU/CSU, nicht müde werden zu betonen, dass die Ampel zerstritten ist und nichts hinbekommt. Na ja, so wie man es braucht, so werden die Argumente gedreht.

Wie sieht die staatliche Pressemanipulation entsprechend der Partei, deren Erkennungsfarbe nicht Braun, sondern Blau ist, aus? Zum einen werde auf die Presseorgane Druck ausgeübt, über jede, noch so kleinste AfD-Anti-Demonstration zu berichten. Ganz nach der Erkenntnis, dass ein steter Tropfen jeden Stein höhlt bzw. irgendwann auch ein Meer ergibt, indem die AfD versinken möge. Passend dazu zahle der Staat, also die Ampel – Schuldenbremse-Fetischist Bundesfinanzminister Lindner wohl allen voran -, den Demonstranten ein Geld für die Demo-teilnahme. Da in Deutschland große Armut und ein unterentwickeltes Politikbewusstsein herrsche, griffen viele Menschen zu, bauschten die Demos zu künstlichen Massenveranstaltungen auf, ließen sich mit Steuergeldern, die auch von AfDlern erbracht wurden, bezahlen. Somit geht die AfD-Führung mittlerweile von einer staatlichen Verkündungspresse aus, die über staatlich manipulierte Fakten informiert. Leider sei man nicht in der Lage diesen Zustand zu ändern. Außer permanent zu verkünden, dass derzeit die Presse voller Fake News ist, könne man nur auf die Zeit hinweisen: wenn „wir das Sagen in Deutschland haben“. Dann

werde es keine Verkündungspresse und keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Zwangsgebühren geben. Und was kommt stattdessen? Alles soll werbefinanziert und der Wahrheit verpflichtet sein. Weiter würden private Veranstaltungen besser geschützt werden. Insbesondere vor böartigen Journalisten. Das alles werde hinsichtlich der Einhaltung staatlich neutral überwacht. Auf Fragen: Wie funktioniert das alles? Haben dann die Inhaber der größten Werbebetats die Wahrheit auf ihrer Seite? Wird dann auch über Minderheiten berichtet? gibt es keine Antworten.

Weitere unbeantwortete Fragen sind: Gibt es überhaupt noch eine bundesweite Versorgung im Gesundheitswesen, im ÖPNV, mit Lebensmittelgeschäften und Restaurants wenn Millionen von Deutschen mit Migrationshintergrund Deutschland verlassen müssen? Ist eine Privatveranstaltung, in der der Umsturz einer AfD- Regierung diskutiert wird, durch das Siegel „Privat“ tatsächlich geschützt? Auf die letztgenannte Frage werten viele AfDler den Spruch als Antwort: „Dazu können wir derzeit nichts sagen, noch gibt es keine AfD-Regierung.“

Möge dies unsere Demokratie mit ihren Abwehrmechanismen verhindern.

**GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS!**

## Demos für unsere Demokratie



Auf der Demo in Offenburg waren ca. 5.000 Teilnehmer



Auf der Demo in Lahr waren ca. 3.000 Teilnehmer



Auf der Demo in Kehl waren ca. 1.000 Teilnehmer

## Aus den Ortsvereinen

### Waldfest der SPD Rust



Bei wunderbarem Sonnenschein konnte der Vorsitzende des SPD-Ortsverein Rust, Dr. Karl-Heinz Debacher, zahlreiche Mitglieder, Freunde sowie die Kandidatinnen und Kandidaten beim **traditionellen Waldfest mit Kesselfleisch-Essen** begrüßen. Neben dem kulinarischen Genuss gab es auch Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch.

### Waldspeckessen in Hohberg



Im Januar fand das beliebte Waldspeckessen an der Blockhütte am Hohhölzle statt. Trotz fastnachtlichem Treiben allenthalben kamen bei schönstem Wetter an die 35 Personen aus Offenburg, Zunsweier und natürlich Hohberg zusammen. Auch unsere Nachbar-OV Schutterwald, Neuried, Friesenheim schauten vorbei. Vom Kreisvorstand besuchte uns Martine De Coeyer und brachte sogar einen Kuchen mit. Glühwein und Kinderpunsch, Kaffee, Kuchen und Tee wurde von uns angeboten. Wer wollte, konnte Waldspeck, Käse oder Würstel an drei Feuern bruzzeln. In geselliger Runde kam man miteinander ins Gespräch. Danke an Jürgen Lukesch, Hermann Pfahler, Wolfgang Bayer, die bei der Vorbereitung und Durchführung halfen. Ohne das Holz vom Joe Mayer hätte kein Feuer gebrannt - dafür herzlichen Dank!

### Überraschung in Haslach



Die Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl in Haslach hat für eine schöne Überraschung gesorgt. Es konnte wieder eine starke Liste der SPD mit neun Kandidierenden für den Haslacher Gemeinderat aufgestellt werden, die Hälfte davon sind junge motivierte Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen wollen. Foto (v. l.): Wolfram Reinhard, Barbara Hildenbrand, Christine Baumann, Armin Goldinger, Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner, Marius Himmelsbach, Fadim Yücesoy, Gisela Skop, Sofia Trasak.

## Aus den Ortsvereinen

### „Roter Saftladen“ in Schutterwald



Trotz der Wetterkapriolen war der **Fahrradflohmarkt** in Schutterwald sehr gut besucht. Pedalos, Dreiräder, Fahrräder für Kinder und Erwachsene kamen zu neuen Besitzern. Der Stand des SPD-Ortsvereins unter einem roten Dach mit dem Motto „So ein roter Saftladen“ setzte ein neues Konzept um. Auf dem Ostermarkt gab es statt Kaffee rote Fruchtsaftschorle oder ein Glas Sekt. Für den kleinen Hunger wurde auch bestens gesorgt.

Johannes Fechner (MdB) ließ es sich nicht nehmen, trotz seines vollen Terminkalenders vorbeizuschauen. Dass dann auch noch Gespräche auf Englisch geführt wurden, lag an Steven Campell, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Scottish National Party SNP, und an Mike Hannon, Mitarbeiter der Parteizentrale der SNP, die einen regen Kontakt und Austausch mit den Jusos in der Ortenau und insbesondere mit Jakob Haß pflegen.

Foto (v. l.): Johannes Fechner (MdB), Liane Heuberger, Achim Fischer und Thomas Fritsch.

### Markt-Stand in Gengenbach



Ein erfolgreicher Kuchenverkauf, viele interessanten Diskussionen mit den Besuchern, die musikalische Begleitung des Chors "Die Roten Socken": Der Samstagvormittag auf dem Marktplatz in Gengenbach war eine schöne Zeit an einem idyllischen und sonnigen Ort.

Ein weiterer Markt-Stand ist am Samstag, dem 1. Juni 2024, geplant.



Der Verkauf von leckeren Kuchen und der Kaffeeduft lockte viele Marktbesucher an den SPD-Stand.

Am 9. Juni ist Europawahl

**Wähl nicht die Krise.**

**Wähl das Klima.**

<https://europawahl.pulseofeurope.eu/>

# Abschied von Dr. Jens-Uwe Folkens

**Heute ist viel die Rede von Demokratie und Erhaltung unserer Werte. Immer wieder stellt sich die Frage nach Vorbildern.**

Am 9. Februar haben wir uns von unserem hochgeschätzten Genossen und Freund Dr. Jens-Uwe Folkens verabschiedet. Er war zweifellos ein engagierter Mensch für eine gelebte Demokratie. Das beweist seine beeindruckende Lebensleistung.



**Dr. Jens-Uwe Folkens**

Er war ein kluger, sympathischer und außergewöhnlicher Kommunalpolitiker.

Von 1999 bis 2022 vertrat er im Stadtrat Offenburg seine Fraktion im Ausschuss für Familie und Jugend, im Umwelt- und Kulturausschuss und in der Kulturstiftung. Er vertrat die SPD zudem seit 2019 im Kreistag.

Er zeigte ein sehr ausgeprägtes Gespür für soziale Gerechtigkeit, schenkte uns sein umfassendes Wissen und eine eindrucksvolle Expertise mit ruhiger und klarer Haltung. Auch bei hitzigen Debatten konnte er stets die Sache im Fokus behalten. Er kam sehr häufig mit einem klugen und manchmal überraschenden Vorschlag für einen Kompromiss. Somit war er fraktionsübergreifend bei allen Stadträt\*innen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sehr geschätzt.

Ihm lagen besonders am Herzen die Belange von Familien, jungen Leute und gesellschaftlich Benachteiligten. Auch Themen wie der Standort für das neue Klinikum, die Verkehrsplanung und die Stadtentwicklung.

In Erinnerung bleibt seine Arbeit als Chefarzt der Kinderheilkunde und Jugendmedizin im Offenburger Klinikum. Er beschrieb seine Tätigkeit mit diesen Wörtern: „Die Würde des Kindes bewahren und das Notwendige tun“. Er engagierte sich im Ausschuss für Gesundheit und Kliniken, trat in den Verwaltungsrat der Ortenau Klinikums ein und war Mitglied des Aufsichtsrates der Ortenau MVZ GmbH.

Als Gründer und Vorsitzender des Kreisverbandes des Kinderschutzbundes 1989 verteidigte er die Rechte und Interessen der Kinder über 30 Jahre lang.

Alle werden seine menschliche Art, sein selbstloses Engagement und sein Fachwissen sehr vermissen.

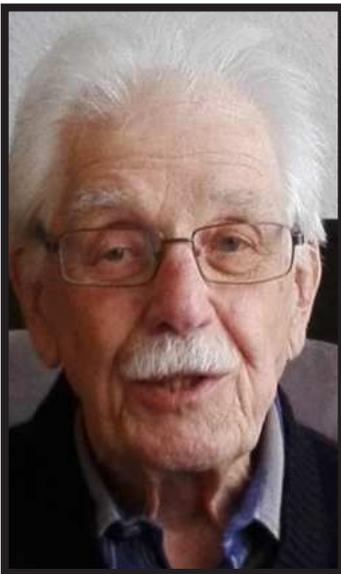


**Der Kinderschutzbund**  
Kreisverband Ortenau

<https://kinderschutzbund-ortenau.de/>

## Abschied von Hubert Boden

**Hubert Boden wurde geboren am 05.02.1929. Bald nach dem Krieg war er schon als Hexe von der Althistorischen Narrenzunft Gengenbach unterwegs. Er war bei den Gründungsmitgliedern der Narrenzunft Gengenbach 1499 e.V. am 11.11.1957. Von 1965 bis 1976 war er im Narrenrat und gleichzeitig verbrachte er 5 Jahren im Hengengremium. 2007 wurde er zum Ehrenmitglied der Narrenzunft ernannt. Eine ganz besondere Auszeichnung, die nicht oft vergeben wurde.**



**Hubert Boden**

In der Politikwelt hat er sich sein ganzes Leben für Demokratie und Sozialgerechtigkeit engagiert. Er beschenkte uns mit seinem jahrzehntelangen und unermüdlichen Einsatz für die SPD und für Gengenbach – als Ortsvereinsvorsitzender, Vorstandsmitglied, Delegierter, Gemeinderat, Fraktionsvorsitzender und -sprecher im Gemeinderat. Insgesamt arbeitete er mehr als 45 Jahre aktiv im Vorstand unseres Ortvereins mit, auf verschiedenen Positionen davon von 1976 bis 1988 12 Jahre als 1. Vorsitzender.

Hubert Boden packte tatkräftig zu: bei Festen und beim Kuchenverkauf, klebte Plakate, stand an Infoständen, war bis ins hohe Alter als Stadtführer bei unseren SPD-Stadtspaziergängen mit den Mitgliedern, Freunden und Gästen in Gengenbach unterwegs, und organisierte Veranstaltungen. So arbeitete er 1985 auch mit bei der Organisation des Jubiläumsfestes anlässlich der 60jährigen Parteimitgliedschaft von Marta Schanzenbach. Zu diesem Fest konnte der SPD-Ortsverein Gengenbach 1.500 Besucher in der Kinzigtalhalle begrüßen – darunter Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D., der es sich nicht nehmen ließ, seiner politischen Ziehmutter persönlich zu gratulieren.

Die Städtepartnerschaft mit Obernai lag ihm besonders am Herzen. So war er in den 80er Jahren eine treibende Kraft dafür, dass diese wieder mit Leben erfüllt wurde. Er arbeitete in seiner Stadtratszeit aktiv im Partnerschaftsausschuss mit.

In Hubert Bodens Amtszeit als Stadtrat hat sich Gengenbach stark entwickelt: Die Position als Schulstandort wurde ausgebaut (Gründung der Fachhochschule, Ausbau des Gymnasiums, Einführung und Ausbau der U3 Kinderbetreuung in den Kindergärten). In den frühen 2000er Jahren war Gengenbach mit seiner Betreuungsquote im U3- Bereich Vorreiter in der

Ortenau.

Als Stadtrat arbeitete Hubert Boden an wegweisenden Entscheidungen für Infrastruktur und Einrichtungen mit, die Gengenbach zu der Stadt machten, wie wir sie heute kennen: Nordspange, Sanierung und Belebung der Innenstadt, Erweiterung des Freibades und Bau der Tennisplätze, die Anfänge des Adventskalenders, der Bau der Moschee.

Über Jahrzehnte galt sein Engagement auch dem denkmalpflegerischen Bereich, besonders in der Altstadt, den Kleindenkmäler und dem Kinzigtorturm und der Turmuhr.

Für seinen unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz wurde ihm 1994 die Landesehrennadel und 2001 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Ab 1948 war er Turnlehrer im Turnverein Gengenbach, wie der Bott Bem Steiner aus der Narrenzunft erzählt.

1980 war er einer der Gründungsmitglieder von der Guggemusikgruppe „Chrom, Nickel und Kupfer Band“. Er baute das erste Instrument und machte die Ansagen während der Auftritte.

Hubert Boden wurde auch zum Ehrenmitglied des historischen Vereins ernannt, auf Grund seiner vielen Einsätze wie z. B. die Bürgerinitiative gegen den Abriss des Gasthauses „Salmen“.

Viele haben seinen Humor, sein Fachwissen, die teilweise unkonventionellen Ideen und seine menschliche Wärme geschätzt.

**Hubert Boden hat uns am 3. Januar 2024 verlassen.**



# Meine Meinung zur Cannabis-Legalisierung

So, nun ist die umstrittene Legalisierung von Cannabis seit dem 1. April gesetzlich verankert. In Vertretung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, unterschrieb Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig das beschlossene Gesetz.

**Ab sofort ist Kiffen ab 18 Jahren also auch in Baden-Württemberg legal.** Dabei hatte der Bundesrat erst vor kurzem endgültig die Teillegalisierung von Cannabis in Deutschland ermöglicht - gegen den Willen von Baden-Württemberg. Als eines von vier Ländern wollte es eigentlich die Legalisierung abbremsen. Und eigentlich wollten das etliche CDU geführten Länder auch – oder hatte ich das falsch verstanden? Mit diesem Gesetz wird die Droge Cannabis und deren Auswirkung verharmlost.

Schade, dass alle Versuche, das Gesetz zu verhindern, misslungen sind. Nein, schade ist eigentlich viel zu schwach ausgedrückt. Richtig wütend war ich auf die Bundes-SPD, die diesem Gesetz zugestimmt hat. Ganz klar sage ich an dieser Stelle, dass ich ein absoluter Gegner dieses Gesetzes bin. Für mich ist und bleibt Cannabis eine Droge. Und die gehört verboten. Nicht dass ich nicht versucht hätte, mit verschiedenen Mails an die Verantwortlichen in Bund und Land auf meine Bedenken hinzuweisen. Bis heute habe ich keine Rückantwort erhalten. Darüber war ich im Übrigen auch wütend – und zwar so sehr, dass ich bis vor nicht allzu langer Zeit eigentlich nach 35 Jahren Mitgliedschaft den Hut nehmen wollte.

Karl Lauterbachs Annahme, der Schwarzmarkt würde austrocknet werden, ist meiner Meinung nach völlig falsch. Die Dealer finden nun jüngere Opfer. Polizei und Justiz haben erhebliche Mehrarbeit. Die einen mit Kontrollaufgaben (auch hier bezweifle ich, dass das funktioniert, wenn die Polizei so wenig Personal hat und die Justiz sich mit Rückabwicklungsfragen bei Strafverfahren beschäftigen muss). Des Weiteren leben wir in einer Grenzregion und müssen ab sofort mit Kiffer-Tourismus rechnen. Denn in Frankreich ist die Droge nach wie vor verboten.

## Hier ein paar Fakten:

Erlaubt ist jetzt, dass erwachsene Menschen ab 18 Jahren künftig pro Person zu Hause straffrei bis zu 50 Gramm getrocknetes Cannabis besitzen und bis zu drei Pflanzen im Eigenanbau anbauen dürfen.

## Was verursacht der Konsum von Cannabis:

Das Jugendalter ist eine wichtige Phase für die Gehirnentwicklung. Studien legen nahe, dass sich Cannabiskonsum ungünstig auf die Reifung der Nerven und Nervenverbindungen auswirkt. Vor allem wenn Jugendliche regelmäßig kiffen, riskieren sie eine Minderung der geistigen Leistungsfähigkeit.

In einem Radio-Interview in SWR1 in dieser Woche, wurde eine Expertin gebeten, die Gefahren zu verdeutlichen:

Bis zu **einem Alter von 30 Jahren**, ist das Gehirn extrem sensibel und hat an unterschiedlichen Stellen Rezeptoren, die durch den Wirkstoff ganz unterschiedliche Folgen auslösen können. Dazu gehören:

## Psychische Folgen

Je regelmäßiger und intensiver Cannabis konsumiert wird, desto eher kann man eine **Angststörung**, eine **Depression** oder eine **bipolare Störung** entwickeln. Zudem erhöht Cannabis das Risiko, an einer **Psychose** zu erkranken.

Im Gegensatz zu Erwachsenen ist die Hirnentwicklung bei jungen Menschen noch nicht vollends abgeschlossen. Wird das Gehirn regelmäßig mit THC geflutet, kann dies die Reifeprozesse und damit verbunden die Persönlichkeitsentwicklung stören.

## Organische Folgen

Cannabis kann den Atemwegen schaden. Inhaliert man die Droge, kann dies ähnlich wie beim Tabakrauchen zu einer chronischen Bronchitis führen. Hinzu kommt, dass Joints oft mit Tabak angereichert und in der Regel tiefer und länger inhaliert werden als Zigaretten. Damit erhöht man das Risiko, eine chronische Lungenkrankheit mit zunehmender Atemnot zu entwickeln.

Ich frage mich: Hat Karl Lauterbach auch die Folgekosten bedacht? Hat er dafür gesorgt, dass es genügend Fachärzte und Fachkliniken gibt, die die suchtkranken Jugendlichen und jungen Erwachsenen behandeln können? Das sehe ich nicht. Was kann ich tun, damit das Gesetz zurückgenommen wird? Eine Möglichkeit ist, eine Petition zu initiieren und Unterschriften zu sammeln und einzureichen, damit dieses Gesetz erneut im Bundestag diskutiert und hoffentlich zurückgenommen wird.

Und genau das werde ich in Angriff nehmen.

*Petra Mayer-Kletzin*



Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg braucht eine starke und stabile EU. Ein Austritt, wie ihn die AfD fordert, wäre eine Katastrophe. Unser wirtschaftlicher Erfolg gründet auch auf einer offenen Gesellschaft. Gerade Baden-Württemberg ist auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Rassismus und Nationalismus können wir uns nicht leisten. Es ist gut, dass auch so viele Wirtschaftsverbände und Unternehmen klarmachen, dass Baden-Württemberg nur als weltoffenes Land ein starker Wirtschaftsstandort bleibt.

Am 9. Juni ist Europawahl  
**Wähl nicht den Frust.**  
**Wähl die Chancen.**

<https://europawahl.pulseofeurope.eu/>

## Termine

**Dienstag, 09.04.2024, 19.00 Uhr**

Bürgerstammtisch der SPD Gutach im Gasthaus „Löwen“

**Samstag, 20.04.2024,**

SPD-Stand auf dem Markt in Haslach mit Dr. Johannes Fechner (MdB)

**Mittwoch, 01.05.2024, 11 Uhr**

Mai-Kundgebung in Kehl, Garten der zwei Ufer  
 Motto: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit

**Sonntag, 05.05.2024, 10.30 Uhr**

Kundgebung von Pulse of Europe auf dem Rathausplatz in Offenburg mit Auftritt der **Roten Socken**.

**Sonntag, 05.05.2024, 11.30 Uhr**

Frühlingsfest der SPD Hohberg am Grillplatz Hohhölzle in Hofweier. Ab ca. 14 Uhr Auftritt der **Roten Socken**.

**Sonntag, 12.05.2024, ab 11.00 Uhr**

Kurparkfest der SPD Gutach im Kurpark Gutach

**Samstag, 01.06.2024**

SPD-Stand auf dem Markt in Gengenbach

## Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden  
 Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg  
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 06. April 2024

**Redaktion „Der Rote Ortenauer“:**

Martine De Coeyer, Dr. Jutta Hagedorn, Helmut Lind,  
 Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und Gerd Zimmermann

Unsere Arbeit für den „Roten Ortenauer“ ist ehrenamtlich.

E-Mail: [zeitschrift@spd-ortenau.de](mailto:zeitschrift@spd-ortenau.de)

Internet: [www.spd-ortenau.de](http://www.spd-ortenau.de)  
[www.roter-ortenauer.de](http://www.roter-ortenauer.de)

Facebook: [www.facebook.com/spdortenau](https://www.facebook.com/spdortenau)  
[www.facebook.com/der-rote-ortenauer](https://www.facebook.com/der-rote-ortenauer)

Copyright © 2024 SPD Ortenau

## Bildnachweise 📷

Seite 1: SPD Berlin bei Facebook  
 Seite 2: Katarina Barley (MdEP)  
 Seite 3: SPD Offenburg  
 Seite 6: SPD Offenburg  
 Seite 8: Gerd Zimmermann  
 Seite 9: „Fragen Sie Frau Eva“ bei Facebook  
 Seite 11: Martine De Coeyer  
 Seite 12: Martine De Coeyer, Helmut Lind  
 Seite 13: SPD Rust, SPD Hohberg, SPD Haslach  
 Seite 14: SPD Schutterwald, Martine De Coeyer  
 Seite 15: SPD Offenburg  
 Seite 16: SPD Gengenbach  
 Seite 18: SPD Baden-Württemberg